

Innensenator Körting kniet vor dem Islam



Berlins SPD-Innensenator Ehrhart Körting (Foto) unterwirft sich für ein paar Wählerstimmen dem Islam, indem er in einem islamischen Gebetshaus niederkniet, zu Allah betet und sich von einem etwa 16-jährigen Imam-Lehrling auf Türkisch den Koran predigen lässt. Dass die Gazi Osman Pasa Moschee, benannt [nach einem türkischen General](#), der Milli Görüs nahe steht, spielt für den Herrn Innensenator dabei auch keine Rolle.

Körting besucht bis Mitte Mai gezielt vier Moscheen, deren kriminell-extremistische Trägervereine nicht in der Islamkonferenz vertreten sind. In der Gier um die muslimische Wählergunst erklärt er, dass „Muslime zu Berlin gehören“ und wie wichtig es sei, „dass wir alle zeigen, dass wir hier gut zusammen leben können“.

Der Tagesspiegel [schreibt](#):

Nach dem Tee drängt sich Körting mit hunderten anderen jungen und älteren Männern eine enge Treppe nach oben zum Gebetsraum. Körting kniet sich mit den anderen hin, steht auf, kniet wieder. Vorne ruft der Muezzin, später predigt ein vielleicht 16-jähriger Imam-Lehrling auf Türkisch. Es geht um Kinder, die der größte Segen Gottes seien und wichtiger als alles andere im Leben. Deshalb müssten sich die Eltern gefälligst um sie kümmern. Körting hält eine kleine

Ansprache, versichert den Betenden, dass „Muslime zu Berlin gehören“ und wie wichtig es ist, „dass wir alle zeigen, dass wir hier gut zusammen leben können“. ...

Körting hört sich die Vorwürfe an, erklärt, warum er es sinnvoll findet, dass Richter keine religiösen Symbole tragen dürfen und sagt, dass er sich „vorstellen kann, dass die Debatte noch einmal neu aufgerollt wird, was die Lehrerinnen angeht“. Aber dass das Abendland untergegangen ist, mag er so nun wirklich nicht stehen lassen. „Und im Übrigen“, sagt Körting, „ist der Orient noch der Orient? In Beirut komme ich mir manchmal vor wie auf der Königsallee in Düsseldorf.“

Falsch: Nicht im Orient sieht es langsam so aus wie in Deutschland – in manchen Teilen Deutschlands könnte man dank Kopftuchmeer und kultureller Überbereicherung schon denken, man sei im Orient. Nicht zuletzt wegen der Selbstunterwerfung multikulturell-übereifriger ~~Volksverräter~~ Volksvertreter.

Es geht darum zu wissen, wie Muslime ticken

☒ In die Debatte, ob man diskutieren oder nicht diskutieren soll, möchte ich mich nicht mischen. Mir geht es um etwas anderes. Wer diskutieren möchte, der sollte vorbereitet sein. Das bedeutet nicht, eine Menge von Koranzitaten zu kennen. Es geht vielmehr darum zu wissen, wie die Muslime ticken. Wie ihr Verstand arbeitet, wie sie denken und ihre Argumentationsketten konstruieren. Darum geht es.

(Gerd zur PI-Serie [“Mit Muslimen diskutieren – aber wie?”](#))

Das wird dargestellt mit Hilfe von Fatawas, weil diese das islamische Denken und Argumentieren besonders gut wiedergeben. „Frauen sind wie Tiere“ – das jedenfalls versichert uns der Freund und Glaubensbruder Muhammad al-Arifi*, ein „prominenter muslimischer Gelehrter, Rechtsgutachter und Verkünder des Islam“. In einer Fatwa äußert er sich zu der Art und Weise, wie eine Frau geschlagen werden darf.

Frage: „In welcher Art und Weise darf oder muss eine Frau nach dem islamischen Gesetz gezüchtigt werden?“ Diese Frage bezieht sich auf die sattem gekannten „Prügelverse“ Sure 4,34: ‚Und jene [die Ehefrauen], von denen ihr Widerspenstigkeit befürchtet, ermahnt sie, meidet sie ihm Ehebett und schlagt sie.‘

Muhammad al-Arifi antwortet:

„Ein Ehemann kann bisweilen seine Ehefrau mit Schlägen züchtigen, während sie ihn mit ihrem Weinen züchtigt. Und während er durch Anschreien das bekommt, wonach er verlangt, bekommt sie, was sie möchte, durch Weinen und Gefühle. Manchmal empfinden die Männer vielleicht das Weinen einer Frau härter als das Schlagen mit Schwertern.“

Das ist, allen Ernstes, die islamische Gleichberechtigung. „Sie“ hat Waffen, „er“ hat Waffen. Und ihre können sogar stärker sein. Wir sind beeindruckt. Kugeltränen gleich Schwertern. Beide können töten. Oder?

Muhammad al-Arifi weiter:

„Die erste Stufe ist: ermahnt sie einmal, zweimal, dreimal usw. Falls das nichts bringt, meidet sie im Ehebett, d. h., dass der Ehemann nicht mehr mit seiner Ehefrau verkehren soll. Er ignoriert sie. Er achtet nicht auf ihre Worte, z. B., wenn er nach Hause kommt und isst. Wenn sie ihn fragt: ‚Wie geht’s dir?‘, antwortet er nicht. Wenn sie ihn fragt: ‚Möchtest du einen Tee?‘, antwortet er ihr nicht. Er meidet

sie im Ehebett, bei Gesprächen, er verkehrt nicht mit ihr, er schläft in einem anderen Zimmer. Damit zeigt er ihr: ‚Ich bin sauer auf dich.‘“

Der Koran, hier Sure 4, 34, kann also wortwörtlich genommen werden. Aber die Argumentationskette wird weitergeführt, wenn auch nur auf der männlichen Seite. (Der Gegner merkt's ja nicht.) Wir erfahren: Nach der Gleichstellung der Beiden hat „er“ noch einige Stufen, die er zünden kann. Wenn das Anschreien nix hilft, dann darf er ermahnen, meiden, hauen. Was darf sie, wenn ihr Weinen nix hilft. Sich ermahnen lassen, gemieden werden, sich schlagen lassen. Ist ja auch recht nett.

Muhammad al-Arifi weiter:

„Vielleicht sagt sie sich: ‚Allah sei Dank. Jetzt habe ich das ganze Bett für mich allein. Nun kann ich mich im Bett hin- und herdrehen, wie ich möchte‘. Also, falls diese zwei Schritte mit ihr nicht helfen, was muss er [gemäß Sure 4,34] tun? Jetzt kommt der letzte Schritt: ‚und schlägt sie.‘“

Er beginnt mit dem Koran, legt die Verse zu seinem Vorteil aus (was hier nicht schwer ist), erläutert das bildlich mit Szenen aus dem Ehealltag und kehrt wieder zum Koran zurück. Die Frau ist vergessen, Thema erledigt, denn er hat am Anfang klar gemacht, dass sie schließlich auch Waffen hat.

Muhammad al-Arifi weiter:

„... Schläge ins Gesicht sind verboten, selbst wenn es um ein Tier geht. Wenn z.B. ein Kamel oder ein Esel das Laufen verweigert, darfst du ihn nicht ins Gesicht schlagen. Wenn man ein Tier nicht ins Gesicht schlagen darf, wie verhält es sich dann mit einem Menschen?“

Die berühmten islamischen Analogieziehungen. „Schläge in das Gesicht sind verboten.“ Wir erfahren nicht, wer das wo so

festgelegt hat. Aber es klingt sehr islamisch, wegen „verboten“; es ist eine Regel, und Regeln muss man befolgen. Der Zuhörer ist beeindruckt.

Muhammad al-Arifi führt aus:

„Leichtes Schlagen bedeutet, dass man nicht ins Gesicht schlagen darf. Einige muslimische Gelehrten raten, dass er [der Ehemann] sie [die Ehefrau] mit einem dünnen Zweig schlagen soll [arab. miswak: Teile dieses Zweiges werden auf der Arabischen Halbinsel noch heute zum Zähneputzen benutzt. Oft hat dieser Zweig einen Durchmesser zwischen 5 mm und 2 cm]. Ein Mann könnte z. B. zu seiner Frau sagen: ‚Das Kind ist neben den Ofen gefallen. Hol es weg davon‘, oder ‚Das Kind spielt mit dem Strom [der Steckdose], hol es weg davon!‘ Die Frau würde antworten: ‚Ich habe jetzt keine Zeit. ‚ Er entgegnet ihr: ‚Ich sage dir, hol es dort weg!‘ Dann schlägt er sie mit einem dünnen Zweig [arab. miswak], nicht mit einer Wasserflasche, einem Teller oder einem Messer. Nein, das darf er nicht tun. Die muslimischen Gelehrten sagen, dass er sie mit einem dünnen Zweig schlagen soll. ... Das zeigt, dass das Ziel nicht ist, ihr weh zu tun.“

Das sind detaillierte, sehr ausführliche, sehr konkrete Anweisungen, mit vielen Beispielen. Muslime lieben solche umständlich-ausführlichen Ergüsse, denn sie ermüden den Gegner, lullen den Geist ein.

Muhammad al-Arifi weiter:

„Wenn du ein Tier schlägt, tust du das, damit es ihm weh tut, so dass es dir gehorcht. Du kannst ein Tier nicht ansprechen: ‚Oh, bitte Kamel, bitte Esel, bitte Schaf, ich möchte diesen Gefallen von Dir. ‚ Das Tier versteht das nicht. Es versteht nur durch Schläge. Ein Esel versteht nur durch Schläge. Aber die Frau, der Mann oder das Kind verstehen durch Gefühle. Du schlägst sie [deine Ehefrau] daher mit einem dünnen Zweig, leicht mit deiner Hand usw. Damit sagst du ihr: ‚Frau, ich

kann es nicht mehr ertragen. Es reicht mir. Es ist genug!‘ Also, so ist das Schlagen [der Ehefrauen] gemeint. Er schlägt sie leicht. Das leichte Schlagen bedeutet, dass er ihr Gesicht nicht verletzen darf. Er schlägt sie an Körperstellen, wo keine Spuren zurückbleiben, er schlägt sie nicht auf die Hand, sondern an Körperstellen, an denen kein Schaden entstehen kann, so dass sein Handeln nicht als Angriff auf sie betrachtet werden kann. Er [der Ehemann] darf sie [die Ehefrau] nicht wie ein Tier oder ein Kind schlagen, bei denen man überall hinschlägt. Leider schlagen viele Ehemänner ihre Frauen, wenn sie verärgert sind. Wenn er mit dem Schlagen anfängt, schlägt er so, als ob er eine Wand schlagen würde. Er schlägt vielleicht mit der linken und rechten Hand oder wird sie vielleicht sogar mit dem Fuß treten. Oh, mein Bruder, du prügelst dabei einen Menschen. Es ist Dir verboten [die Frau auf diese Weise zu schlagen].“

Hier ein Beispiel des beliebten islamischen Analogieziehens. Tiere schlägt man, weil wir sie durch Worte nicht erreichen. Seine Frau schlägt der Mann ebenfalls erst dann, wenn er sie durch Worte nicht mehr erreicht (seinen Willen nicht mehr mit Worten durchsetzen kann). Doch bei diesem Analogieschluss hat sich Muhammad al-Arifi selbst eine Nase gedreht. Denn ihm zufolge sind Frauen wie Tiere, jedenfalls manchmal.

**Biografische Notiz: Muhammad Al-Arifi lebt in Saudi-Arabien. Er war oder ist Vorbeter (Imam) der Moschee der Akademie „König Fahd“. [Hier](#) bei seinem Besuch in Berlin.*

(Quelle: [Institut für Islamfragen](#))

Bisher erschienen folgende Beiträge zur PI-Serie:

- » [Jede Diskussion allein eine Frage von Autorität](#)
- » [Argumentation mit Logik und Rationalität](#)
- » [Mit Muslimen diskutieren? Aber selbstverständlich!](#)
- » [Hat keinen Sinn](#)
- » [Ablenkungsmanöver](#)

- » [Nicht stur und dogmatisch sein wie die Gegenseite](#)
 - » [“Ich argumentiere immer mit dem Grundgesetz”](#)
 - » [Vergleiche mit Juden entbehren jeder Grundlage](#)
-

Sozialhilfe-Abzug wegen Kopftuchtragens



Eine 52-jährige Muslimin aus Somalia, die in der Schweiz seit zwölf Jahren Sozialhilfe bezieht, weigerte sich, bei der Arbeit in einem Zentrum für Berufsintegration vorschriftsmäßig ihren Schleier abzulegen. Der Dame wurde deswegen ihre [Sozialhilfe während drei Monaten um 15 Prozent gekürzt](#). Wie beleidigend, dachte die Somalierin und reichte Strafklage gegen die zuständige Sozialdirektorin ein.

Der Vorwurf lautete auf Rassendiskriminierung und Amtsmissbrauch. Der Untersuchungsrichter stellte jedoch ganz „intolerant“ fest, dass Kleidervorschriften für die Arbeit im Integrationszentrum nicht diskriminierend seien. Die Klage gegen die Schweizer Behörden blieb in zweiter Instanz auch vor Kantonsgericht erfolglos.

Jemen: Mädchen mit Viagra zu Tode vergewaltigt



Das 13-jährige Mädchen, das im Jemen [vier Tage nach ihrer Zwangverheiratung starb](#), wurde von ihrem „Mann“ gefesselt und vergewaltigt, nachdem eine Ärztin ihm schon nach der ersten Vergewaltigung geraten hatte, dem Kind mindestens zehn Tage Ruhe zu geben. Zuvor wollte der zuvorkommende Gatte Beruhigungsmittel, um das Kind während der Vergewaltigung ruhigstellen zu können, offenbar hatte er Angst vor der Gegenwehr des kleinen Mädchens.

(Von Eisfee)

Der arme Kerl fühlte sich laut seiner Aussage bei der Polizei unter starkem Druck, seine Männlichkeit beweisen zu müssen und das konnte er ja nicht, weil sie sich ihm verweigerte. Pervers: ihre eigene Mutter hatte ihr noch gut zugeredet, es über sich ergehen zu lassen, um die Ehre der Familie nicht in den Schmutz zu ziehen...

Pikant auch, nachdem der Arzt in der Klinik es abgelehnt hatte, ihm für das Kind Beruhigungsmittel zu geben, hat er sich „performance enhancing pills“ sprich Viagra besorgt, um damit die Leistung vollbringen zu können, das Mädchen vaginal und anal so zu zerfetzen, dass es schließlich verblutet ist.

(Quelle: [wtop.com](#))

Am Wochenende auf den Trödel...



Gewöhnliches Bild

der zum Alltag gewordenen Islamisierung auf dem großen „Trödelmarkt“ in Köln-Poll, der jeden Samstag stattfindet und inzwischen in großer Mehrzahl von der allseits bekannten Migrantenklientel bevölkert wird.

Früher hat Hinz und Kunz auf so einem „Trödel“ seinen Dachboden ausgemistet oder es gab auch etliche Kitsch-Antiquitätenhändler – heute ist es fast ausssschließlich ein Unterschichten-Migranten-Basar, auf dem überspitzt gesagt Türken „China-Schrott“ oder „deutschen Sperrmüll“ verramschen. Oder man kann dort sein Handy oder Fahrrad wiederfinden, wenn man „abgezogen“ wurde...

Der politisch herbeigeführte Bevölkerungstausch ist keine Theorie. Ob diese Art der Einwanderungspolitik dem sozialen Frieden und dem sozialen Wohlstand radikal entgegenwirkt, scheint nicht die Sorge der etablierten politischen Klasse zu sein. Im Gegenteil versucht sie, in diesem Milieu Wählerstimmen abzuschöpfen – am augenfälligsten sichtbar bei den letzten Äußerungen und Forderungen des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel zum erleichterten Familiennachzug (ohne Sprachkenntnisse) und vollem Wahlrecht auch für NICHT-EU Miteinwohner.

(Text und Video: Michael S.)

„Die große Gefahr für Europa ist der Populismus“



Es scheint, als hätte der belgische EU-Ratspräsident Herman van Rompuy (Foto) die [Verbalattacke](#) des von deutschen Medien als „Rechtspopulisten“ titulierten Nigel Farage, der ihn am 24. Februar in seinen eigenen heiligen Hallen als „feuchter Lappen“ aus dem „Nichtland“ Belgien bezeichnet hatte, noch nicht verkräftet. In einem [Gespräch mit der FAZ](#) antwortete Van Rompuy jetzt auf die Frage, worin er die größten Risiken für Europa sehe: „Die große Gefahr ist der Populismus. Als Belgier weiß ich, was das heißt“, auf die Wahlerfolge von Vlaams Belang anspielend.

(Spürnase: Paul B.)

Demnächst: Deutsche Piraten

☒ Deutschland kann sich wieder über Zuwachs freuen, und die Renten werden wieder ein Stück weit sicherer. Die von der niederländischen Marine [auf einem deutschen Frachter überwältigten Piraten](#) müssen voraussichtlich in Deutschland vor Gericht gestellt werden. Nach einem herzerreißenden interkulturellen Dialog mit dem Richter heißt das Zauberwort dann „Asyl“. Da niemand nach Somalia abgeschoben werden darf, folgen alsbald Familienzusammenführung, Vollversorgung und Einbürgerung.

Der [SPIEGEL berichtet](#):

Gegen zehn mutmaßliche Seeräuber hat das Amtsgericht Hamburg Haftbefehle erlassen. Über die Weiterleitung der entsprechenden Auslieferungersuche wird wegen der besonderen Bedeutung des Falles nun die Bundesregierung entscheiden. Die Niederlande hatten Berlin bereits am vergangenen Dienstag in einer Verbalnote aufgefordert, die in Gewahrsam genommenen Männer zu übernehmen.

In früheren Fällen hatte die Bundesregierung stets versucht, einen Prozess gegen somalische Hijacker auf deutschem Boden zu vermeiden, doch diesmal liegen die Dinge anders: Etwaige Bedenken seien „nicht erkennbar“, heißt es nach SPIEGEL-Informationen in einem internen Vermerk. Es bleiben auch kaum Alternativen, denn der rettende Einsatz der niederländischen Fregatte „Tromp“ erfolgte außerhalb des von der EU-Anti-Piraterie-Mission „Atalanta“ überwachten Seegebiets vor Somalia.

Der niederländische Kommandant holte sich deshalb in Den Haag die Erlaubnis zum Angriff. Nach einer eilig einberufenen Telefonschalte mehrerer Staatssekretäre hatte auch die Bundesregierung ihre Zustimmung erteilt.

Es war das erste Mal, dass ein gekapertes Schiff vor der somalischen Küste von der alliierten Schutzflotte zurückerobert werden konnte. Im Zuge des Hamburger Ermittlungsverfahrens sind am Mittwoch vier Beamte des Bundeskriminalamts nach Dubai gereist, um Zeugen zu vernehmen und Spuren zu sichern. Anders als bei früheren Kaperungen sind die Voraussetzungen für ein deutsches Verfahren geradezu zwingend. Reeder, Flagge und zwei Mitglieder der 15-köpfigen „Taipan“-Besatzung sind deutsch, die Beweislage scheint eindeutig: Die Piraten wurden auf dem bereits gekaperten Schiff überwältigt.

In früheren Fällen war innerhalb der Bundesregierung die juristische Verfolgung von Piraten in Deutschland noch umstritten. Neben erwartbar schwierigen Verfahren fernab der Tatorte befürchteten beteiligte Ministerien, die Piraten könnten nach Verbüßen der Strafe um Asyl nachsuchen. Sie hätten gute Chancen, in Deutschland zu bleiben, denn de facto gilt ein Abschiebestopp für Somalia.

Den Neubürgern und ihren nachziehenden Stämmen ein herzliches Willkommen. Hoffen wir, dass die Revieraufteilung mit den bereits in Hamburg herrschenden libanesischen Clans nicht allzu viele Opfer bei der deutschen Zivilbevölkerung fordert.

(Foto: Auf der Reeperbahn, nachts um halb eins)

Türkischer Run auf EU-Pässe



Einen Vorgeschmack auf die angestrebte Visumsfreiheit für Türken in die EU gibt derzeit deren Ansturm auf EU-Pässe in Bulgarien und auf Zypern. Hunderte von Türken mit doppelter Staatsbürgerschaft waren aus der Türkei eingereist, um Anträge für die Ausstellung eines neuen bulgarischen EU-Passes zu stellen. Bulgarien will 2011 dem grenzkontrollfreien Schengen-Raum beitreten.

Die „Presse“ [berichtet](#):

Rund 300.000 Türken wurden vor dem Ende des Kommunismus aus Bulgarien vertrieben. Sie alle haben Anrecht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft. Da dieses Jahr die Gültigkeit der Mehrzahl der bulgarischen Dokumente ausläuft, ist der Ansturm auf neue „EU-Pässe“ besonders groß.

Ähnlich ist die Lage in Nordzypern. Die dort lebenden Türken können sich einen Pass der Republik Zypern ausstellen lassen, mit dem sie ohne Visum in die EU einreisen dürfen. Über 40.000 verfügen mittlerweile über einen solchen EU-Pass, weitere 67.000 über einen EU-konformen Personalausweis. Vertreter der griechisch-zypriotischen Verwaltung weisen gerne darauf hin, dass auch Politiker des Nordteils der Insel sich selbst und ihren Familien solche Reisepässe beschafft hätten. Offiziell verweigert freilich die politische Führung des türkischen Nordens ebenso wie die Regierung in Ankara der Republik Zypern die diplomatische Anerkennung.

(Spürnase: Pirol)

GB: Moslems beleidigt wegen Moschee-Attrappe



In Großbritannien

hat eine islamische Organisation von der britischen Armee eine Entschuldigung für die Verwendung von Papp-Moscheen (Foto) auf Truppenübungsplätzen verlangt. Die folgte auf dem Fuße: „Es war nicht unsere Absicht, diese Simulation so ähnlich wie Moscheen aussehen zu lassen“, so ein Militärsprecher. Man wolle „lediglich ein ähnliches Umfeld wie das Operationsgebiet schaffen, in dem die Truppe üben kann“. Und dann der schönste Satz: „Wir bitten vielmals um Entschuldigung für die Ärgernisse, die wir verursacht haben könnten.“ (Quelle: [JF](#))

Messerattacke unter notärztlicher Aufsicht



Eigentlich hätte der Notarztwagen gestern Abend im schweizerischen Solothurn eine Patientin mit Atembeschwerden ins Krankenhaus bringen wollen. Da drängten sich auf einmal „unbekannte Jugendliche“ um das Fahrzeug. Zwei Personen, die versuchten, die „Jugendlichen“ fernzuhalten, wurden [mit Messerstichen verletzt](#).

Einer der Täter trug ein schwarzes Baseballcap. In seine Haare war ein unbekanntes Muster rasiert. Wäre der Vorfall in Deutschland geschehen, wäre vermutlich bereits Neonazi-Alarm ausgelöst worden. Die Schweizer Polizei rechnet jedoch mit einem Täter der Hip-Hop-Szene. Über weitere „Hintergründe“ ist nichts bekannt.

Wendt warnt vor Chaos in Migrantenvierteln



Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Rainer Wendt (Foto) hat jetzt in einem Interview mit

der Welt vor Chaos in einigen Migrantenvierteln in Deutschland gewarnt. Der langjährige Duisburger Polizeihauptkommissar sieht das staatliche Gewaltmonopol in einigen dieser überwiegend von Ausländern bewohnten Viertel nicht mehr gewährleistet.

Die [Welt](#) berichtet:

Polizei warnt vor Chaos in Migrantenvierteln

Der neue Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, sieht das staatliche Gewaltmonopol in einigen Migrantenvierteln der Republik nicht mehr gewährleistet. Im Interview auf WELT ONLINE sagt er, in einige Straßenzüge Berlins, Duisburgs, Essens oder Kölns trauten sich Polizisten nicht mehr allein hinein.

WELT ONLINE: Herr Wendt, hat Schwarz-Gelb seit 2005 die innere Sicherheit gesteigert?

Rainer Wendt: Ja, NRW kann inzwischen mit so einigen Superlativen glänzen. Die Aufklärungsquote bei den Straftaten ist so hoch wie nie, unsere Polizei ist die bestbezahlte der Republik, nirgends wurde die Zahl der Unfälle erfolgreicher gesenkt. Und: NRW ist das einzige Bundesland, in dem die Zahl der Einstellungen bei der Polizei mehr als verdoppelt wurde – von 500 unter Rot-Grün auf 1100 unter Schwarz-Gelb.

WELT ONLINE: Wodurch die Überalterung der Polizei verhindert werden soll.

Wendt: Und das gelingt. In NRW werden – anders als vor 2005 – jährlich weit mehr Polizisten eingestellt als pensioniert.

WELT ONLINE: Andererseits klagen viele Experten, es würden häufig zu hohe Ansprüche an die soziale Kompetenz der Beamten gestellt.

Wendt: Stimmt. Wenn zum Beispiel ein Mann früher seine Frau schlug, wurde er von Polizisten festgenommen und in Arrest

gesteckt. Das war's. Polizisten mussten für solche Einsätze also vor allem wissen, wie man Schläger festnimmt. Heute aber müssen sie sich darauf verstehen, das Opfer zu beraten und über Tage zu begleiten oder psychologisch angemessen mit dem Täter umzugehen, der des Hauses verwiesen werden darf. Außerdem müssen die Kollegen auf ganz unterschiedliche Empfindlichkeiten achten, je nachdem, ob sie Gewalt in einer russischen, deutschen oder türkischen Familie unterbinden. Aber auf all das werden die Kollegen heutzutage viel besser vorbereitet als bis 2005. Auch da ist NRW auf gutem Weg.

WELT ONLINE: Um Ihren Lobgesang mal zu stören: In den vergangenen zehn Jahren ist die Gewalt gegen Polizisten bundesweit um 20 Prozent gestiegen, in NRW aber um rund 25 Prozent. Wo hat die Landesregierung da etwas aufhalten können?

Wendt: Da leisten die Landesregierungen in ganz Deutschland noch keine effektive Gegenwehr. Das ist auch schwierig, weil sich in der steigenden Gewaltbereitschaft grundlegende gesellschaftliche Fehlentwicklungen zeigen.

WELT ONLINE: Welche Entwicklungen?

Wendt: Früher gab es auch Massenschlägereien, aber wenn die Polizei dazukam, war Schluss. Heutzutage geht es dann oft erst richtig los – und zwar vereint gegen die Polizei. Darin zeigt sich ein weitgehender Respektsverlust gegenüber staatlicher Autorität. Aber Politik allein kann nicht dafür sorgen, dass Bürger ihre Polizei respektieren.

WELT ONLINE: Diese Forderung klingt manchen Zeitgenossen nach einem Plädoyer für mehr Untertanengeist.

Wendt: Leider wahr, aber der Wunsch nach Respekt hat nichts mit autoritärem Gehabe und gar nichts mit Untertanengeist zu tun. Wo die Respektsforderung derart diffamiert wird, darf man sich über die Folgen nicht wundern.

WELT ONLINE: Welche da wären?

Wendt: Es gibt Straßenzüge in manchen Vierteln Berlins, Hamburgs, Duisburgs, Essens oder Kölns, in die sich Polizisten nicht mehr alleine hineintrauen. Wenn dort ein Beamter einen Autofahrer wegen überhöhtem Tempo kontrolliert, hat der blitzschnell 40 bis 70 Freunde herbeitelefoniert. Und wird der Beamte erst von so einer Menge bedrängt und beschimpft, muss der Rechtsstaat leider kapitulieren und sich zurückziehen.

WELT ONLINE: Und das erklären Sie mit mangelndem Respekt vor der Staatsgewalt?

Wendt: Das ist doch offensichtlich. Die Täter akzeptieren die deutsche Rechtsordnung und ihre Vertreter nicht. Übrigens ist bundesweit bekannt, dass diese Blitzmobilisierungen meist von jungen Männern mit türkischem oder arabischem Hintergrund ausgehen. In solchen Vierteln wankt das staatliche Gewaltmonopol. Ähnliches erleben viele Beamte, wenn sie bei Massenschlägereien Türkisch- oder Arabischstämmiger auftauchen. Immer wieder werden sie abgedrängt und mit der Aussage konfrontiert „Das regeln wir untereinander, haut ab!“ oder „Verschwindet, das klären wir mit unserem Hodscha, nicht mit euch!“.

WELT ONLINE: Welche Folgen fürchten Sie?

Wendt: Mich besorgt die Vorstellung, dass der Funke überspringen könnte in diesen Stadtteilen. Man stelle sich vor, dort würde von Nazis eine Moschee angezündet. Solch ein Brandanschlag mit rechtsextremem Hintergrund würde heutzutage Krawalle auslösen, die über alles Bekannte hinausgingen. Dann würde Deutschland unbeherrschbar, zumindest in manchen Vierteln.

WELT ONLINE: Warum werden diese Szenarien von fast keinem Politiker angesprochen, wenn sie doch so nahe liegen?

Wendt: Um keine Angst und Wut zu schüren, schließlich könnten Mitbürger türkischer oder arabischer Abstammung dann geächtet werden, was kein Mensch will. Mit Schweigen ist aber niemandem geholfen. In einer Demokratie kann man keine Probleme lösen, indem man sie verheimlicht. Darauf hinzuweisen ist auch nicht diskriminierend, solange man betont, dass nur eine kleine Minderheit dieser Bevölkerungsgruppen gewaltfreudig ist. Außerdem sind die Opfer dieser anarchisch-militanten Minderheit selbst überwiegend Migranten.

WELT ONLINE: Fragt sich: was tun?

Wendt: Ganz einfach: All das deutlich ernster nehmen, was in jeder guten Politikerrede seit Jahren auftaucht. Einerseits müssen Verstöße gegen die Rechtsordnung in diesen Vierteln spürbar und schnell bestraft werden, andererseits muss die Integrationspolitik höheren Stellenwert gewinnen.

WELT ONLINE: Ist NRW da auf dem richtigen Weg?

Wendt: Ich freue mich, dass Schwarz-Gelb die Sprachtests eingeführt hat, verstärkt Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte einstellen möchte und Familienzentren aufbaut, die auch für Migrantenfamilien leicht erreichbar sind. Aber all das muss endlich als staatliche Pflichtaufgabe im Rang der Schul- oder Polizeifinanzierung gelten, die nicht vom guten Willen der Haushaltspolitiker abhängt. Integration müsste zum Top-Thema aufsteigen. Dann wäre ich mit der Landesregierung sehr zufrieden.

(Herzlichen Dank allen Spürnasen)

Immer mehr Sodomie in Deutschland



Es gibt verschiedene Formen von Bereicherung, und natürlich sagt uns [der Artikel](#) nicht, welche Gruppe hier die meisten Aktivitäten verübt. Wir können es uns auch so denken. Hessens Landwirtschaftsministerin schlägt Alarm. Immer mehr Fälle von Sodomie gelangt den Behörden zur Kenntnis.

Die FAZ schreibt:

Die Zahl von sexuellen Handlungen an und mit Tieren nimmt nach Einschätzung von Landwirtschaftsministerin Silke Lautenschläger (CDU) auch in Hessen zu. Zum einen berichteten Amtstierärzte, dass ihnen solche gemeinhin als Sodomie bezeichneten Verhaltensweisen immer häufiger zur Kenntnis gelangten, zum anderen belegten einschlägige Internetforen, in denen Täter sich zu solchen Praktiken bekennen oder sogar „Gebrauchsanweisungen“ geben würden, diese Entwicklung, heißt es in der Antwort der Ministerin auf eine Anfrage mehrerer CDU-Abgeordneter.

Sie vermute, dass die Taten, von denen die Behörden wüssten oder die gar vor Gericht verhandelt würden, „nur die Spitze eines Eisbergs“ seien. Dass die Strafbarkeit von Sodomie 1969 abgeschafft wurde, hält Lautenschläger für einen Fehler.

Ihrer Ansicht nach bestehe nicht nur aus kriminalpolitischer Sicht, sondern vor allem zum Schutz der Tiere ein Bedürfnis, Sex mit Kühen, Schafen oder Hunden wieder zu einem Straftatbestand zu machen.

Es ist merkwürdig, dass genau die, die das Zölibat katholischer Priester anprangern, keinen Handlungsbedarf bei Heranwachsenden mit der erzwungenen sexuellen Enthaltsamkeit im Islam sehen...

(Spürnase: Hubert W.)